



DER ÜBERSEE-CLUB e.V.



DR. MANFRED WÖRNER

Generalsekretär der Organisation des Nordatlantikvertrages
Vorsitzender des Nordatlantikrats Brüssel

DAS ATLANTISCHE BÜNDNIS IN DEN NEUNZIGER JAHREN

8. FEBRUAR 1990



Meine sehr verehrten Damen, meine Herren!

Zunächst einmal bedanke ich mich sehr herzlich dafür, daß ich heute abend bei Ihnen sein darf. Es ist eine außergewöhnliche Ehre, vom Übersee-Club eingeladen und damit quasi unter die Unsterblichen eingereiht zu werden. Da das einigen meiner Vorgänger bereits widerfahren ist, schmeichelt es mir um so mehr, daß Sie auch an mich gedacht haben.

Außerdem bewundere ich Ihren Instinkt für Aktualität. Ich glaube, es gäbe für meinen heutigen Vortrag keinen geeigneteren Moment. Sie können sich sicher vorstellen, wie ich mich fühle als ein Deutscher, der in einem Augenblick, in dem sich die Geschichte in atemberaubendem Tempo bewegt und dabei auch das Schicksal unseres Vaterlandes einschneidend und hoffentlich zum Besseren verändert, an der Spitze der größten und bedeutendsten Allianz freier Staaten steht, die es in der Menschheitsgeschichte jemals gegeben hat.

Daher ist diese Zeit nicht nur für die Atlantische Allianz, sondern auch für mich persönlich eine besonders erregende Herausforderung.

Ich glaube, man kann ohne Übertreibung sagen, daß sich in den nächsten Monaten – nicht Jahren – das Schicksal Europas auf lange Zeit entscheiden wird. Und im Zentrum dieser Entscheidungen stehen Deutschland, die deutsche Frage und die Deutschen. Ohne daß ich die Rolle der Bundesrepublik Deutschland, die Rolle Deutschlands, die Rolle der Deutschen überbewerten möchte, meine ich am Anfang meiner Ausführungen sagen zu sollen, daß unglaublich viel für die Zukunft Europas und darüber hinaus für die Zukunft dieser Welt von der Haltung der Deutschen abhängt, nicht nur der deutschen Regierung, nicht nur des deutschen Parlaments, sondern auch jedes einzelnen Deutschen.

Wer in dieser Allianz erlebt, wie sich die Blicke der Alliierten – und nicht nur der Alliierten – wie gebannt auf die Deutschen richten, der weiß, wie sehr es in diesem geschichtlichen Augenblick darauf ankommt, zwei Dinge in Einklang zu bringen: einmal Besonnenheit und Augenmaß und ein Gefühl für das, was die Geschichte jetzt verlangt; zum anderen aber Entschiedenheit und auch Mut. Die Dynamik der Geschichte ist fast mit Händen zu greifen. In meinem Leben – der ich den Krieg nur als Kind mitgemacht habe – habe ich es noch nicht erlebt, daß sich der Geschichtsprozeß derart beschleunigt hatte. Und wie immer, wenn sich Umbrüche dieser Art vollziehen, gibt es Chancen, aber auch Risiken. Die Chancen zu ergreifen und den Risiken aus dem Wege zu gehen, das ist heute sehr allgemein gesprochen, und es wird zu vertiefen sein – die Aufgabe aller Verantwortlichen, die einen Einfluß auf das Geschehen haben.

Für mich und die Atlantische Allianz – um das in eine größere Dimension zu rücken – heißt das, daß wir jetzt eine Chance sehen, unsere Vision der Zukunft umzusetzen. Es ist eine dreigegliederte Vision: Einmal die Vision eines freien und einigen Europas und damit natürlich auch eines freien und einigen Deutschlands. Zum zweiten die Vision einer globalen Ordnung, in der die Industriestaaten des Ostens und des Westens zusammenarbeiten, um die Menschheitsprobleme anzugehen, vom Hunger über die Umwelt und den Terrorismus bis hin zur gefährlichen Ausbreitung der Raketen und der chemischen Waffen. Keines dieser Probleme kann vom Westen allein gelöst werden. Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, die Sowjetunion in die Gemeinschaft der Industriestaaten einzugliedern und damit in die Verantwortung für diese großen Probleme mit einzubinden. Zum dritten die Vision einer Partnerschaft – einer mehr gleichberechtigten, einer reiferen Partnerschaft – Nordamerikas und eines stärkeren, selbstbewußteren, handlungsfähigeren, einigeren Europas. Nie war die Zeit günstiger, diese Langzeitvision in die Tat umzusetzen. Wir alle sind gefangen vom Zeitgeschehen, von den Schlagzeilen des Tages. Wenn wir uns über den Weg in die Zukunft, dessen Chancen und Risiken, Klarheit verschaffen wollen, sollten wir uns dennoch vom Tagesgeschehen einmal zurücklehnen, um die Faktoren zu untersuchen, die die Dynamik des Geschichtsprozesses treiben.

Ich versuche, einmal vier Faktoren zu identifizieren, ohne den Anspruch zu erheben, sie etwa abschließend benannt zu haben.

Der erste Faktor ist das ungebrochene Streben der Menschen nach Freiheit, nach der Möglichkeit, ihr eigenes Leben selbst in die Hand zu nehmen. Das ist der entscheidende Faktor im Geschichtsgeschehen dieser Tage; das hat sich Bahn gebrochen: „Wir sind das Volk!“ Das macht alle Kabinettsplanung zu einer sehr vorläufigen, manchmal auch sehr improvisierten Sache. Wer die Ursprünglichkeit dieses Verlangens nach Freiheit erlebt hat, von Polen angefangen über unser eigenes Vaterland, die Tschechoslowakei bis hin zu Rumänien, wer gesehen hat, wie die jungen Deutschen ihren Paß in der Hand hielten und – gefragt, warum sie kamen – antworteten: „Jetzt bin ich frei!“, der weiß, daß man dieses Verlangen nicht einfangen, nicht zähmen und kaum kontrollieren kann. Nur, dieser spontane Moment des Aufbruchs, den wir alle mit Sympathie begleiten, führt jetzt natürlich in eine neue, schwierigere Phase. Es ist eine gewaltige Aufgabe, Demokratien aufzubauen, und das in einer Zeit, in der auch eine neue Wirtschaftsordnung geschaffen und die riesigen Probleme der vergangenen Regime bewältigt werden müssen. Manchmal erinnert mich das an – obwohl ich diesen Vergleich nur mit allem Vorbehalt nennen möchte – Weimar, an die Aufgabe der deutschen Demokraten in Weimar, eine Demokratie in einem Moment aufzubauen, in dem man mit riesigen Wirtschaftsproblemen fertig werden müßte.

Der zweite Faktor, der das Geschichtsgeschehen bestimmt, ist das Ende des Kommunismus als einer geschichtsmächtigen Kraft. Der Kommunismus hat sich weder als Ideologie noch als Wirtschaftssystem noch als gesellschaftliches Organisationsprinzip fähig erwiesen, mit den Problemen einer Industriegesellschaft fertig zu werden, geschweige denn mit den Problemen des postindustriellen Zeitalters. Das ist so offenkundig, daß es die Führer des kommunistischen Lagers selbst gemerkt haben; wenn Sie das Motiv von Gorbatschows Reformen suchen, hier finden Sie es. Dies ist ein Prozeß, der sich fortsetzen wird; da mag es Rückschläge geben, aber er ist unaufhaltsam.

Die dritte geschichtsmächtige Kraft, die wir im Augenblick erleben, ist der Prozeß der europäischen Integration, der ja ausstrahlt, der seine Attraktivität entfaltet in den Osten Europas und sogar in die Sowjetunion hinein.

Der vierte Faktor – als Generalsekretär nenne ich ihn bewußt als letzten – ist die Atlantische Allianz. Ohne diese Atlantische Allianz hätte es diesen Umbruch nicht gegeben. Damit möchte ich die Rolle Gorbatschows nicht etwa herunterspielen. Gleichwohl haben manche noch nicht voll realisiert, wie sehr die Einigkeit und Festigkeit des Westens zur Einsicht der Sowjetunion beigetragen haben, daß Militärmacht nicht in politische Gewinne umsetzbar ist und das Setzen auf Überrüstung und militärische Macht die Sowjetunion auf die Dauer zum Scheitern verurteilt. Wie sehr dieser Zusammenhalt der sechzehn Staaten der freien Welt das Geschichtsgeschehen bestimmt, erkennt man oft außerhalb der Allianz viel schärfer als innerhalb. Ich habe das bei zwei Gelegenheiten feststellen können: Einmal, als der sowjetische Außenminister Schewardnadse im vergangenen Dezember bei der NATO zu Besuch war. Schon die Tatsache, daß er kam, war eine gewisse Sensation. Welcher Schwenk in der sowjetischen Politik: noch im Juni letzten Jahres hatte Gorbatschow die Auflösung der Bündnisse verlangt. Nunmehr lautete die Hauptbotschaft Schewardnadses: „Wir brauchen die Atlantische Allianz! Wir brauchen die Präsenz der Amerikaner in Europa! Wir brauchen die Bündnisse!“ Zum zweiten habe ich das feststellen können, als der japanische Ministerpräsident vor kurzem in Brüssel war und im Gespräch mit mir die gleiche Botschaft – natürlich aus anderen Gründen – zum Ausdruck brachte: „Wir wollen versuchen, unsere Kontakte etwas zu intensivieren!“ Warum? Die NATO ist der globale Faktor der Stabilität. In einer Welt im Umbruch wird Stabilität immer kostbarer.

Aus dieser Betrachtung der Antriebskräfte des gegenwärtigen Geschichtsprozesses ergibt sich das Rezept für die westliche Politik. Es gilt, diese dynamischen Faktoren zu unterstützen. Es gilt, alles zu vermeiden, was sie bremsen, behindern, schmälern konnte. Und es gilt, das zu wahren, was uns so weit gebracht hat. Mit diesem historischen Umbruch ist die Sicherheitsfrage in Europa neu gestellt. Die starre militärische Konfrontation der vergangenen Jahrzehnte wird zunehmend einerseits durch Sicherheitsvorsorge, andererseits durch aktive Friedensgestaltung ersetzt. Vor uns stehen zwei große Herausforderungen: zum einen die Entwicklung einer neuen Sicherheitsarchitektur Europas, zum anderen die Schaffung einer neuen politischen Ordnung unseres Kontinents. Sicherheitsarchitektur und politische Ordnung, beides hängt auf das engste zusammen.

Damit sind auch die zwei Zukunftsaufgaben der Atlantischen Allianz beschrieben. Wir stehen vor einer doppelten Herausforderung. Erstens, den Status quo zu überwinden, Motor und Gestalter des Wandels zu sein; dazu beizutragen, daß eine neue Sicherheitsstruktur in einer friedlichen und freiheitlichen Ordnung Europas aufgebaut werden kann. Das ist die politische Rolle der Allianz, von der so viele reden. Die NATO war immer ein politisches Bündnis. In der Zeit des kalten Krieges war dies durch die aufgezwungene militärische Konfrontation allerdings überdeckt von ihrer gleichzeitigen Rolle als Militärbündnis. Sie wird beides bleiben, wobei durch den Eintritt in ein Zeitalter des Dialogs und der Kooperation jedoch zukünftig ihre politische Rolle stärker zur Geltung kommen wird. Aber diese Rolle wird auch zukünftig von ihrer zweiten Aufgabe begleitet sein müssen: das ist die Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität angesichts einer möglicherweise unsteten Entwicklung in der Sowjetunion und angesichts schwieriger Übergangsprozesse in Mittel- und Osteuropa. Stabilität und Sicherheit aufrechtzuerhalten ist heute so notwendig wie gestern. Sicher, die Bedrohung ist stark zurückgegangen; ein Angriff der Sowjetunion oder des Warschauer Paktes ist im Augenblick nicht vorstellbar. Heißt das, daß die Bundeswehr und die Verteidigung damit überflüssig geworden waren? Nein. Wir hoffen zwar, diese Aufgabe zukünftig mit weniger Waffen, mit weniger Soldaten bewältigen zu können; deswegen streben wir – und ich meine: mit Erfolg – Abrüstungsvereinbarungen an. Aber wir sollten nicht übersehen, daß uns auf der anderen Seite noch eine riesige Militärapparatur gegenübersteht, und – das erscheint mir wichtiger – daß wir in einer historischen Entwicklung sind, in der die Risiken geradezu mit Händen zu greifen sind.

Ich gehöre zu denen, die glauben, daß Gorbatschow eine große Chance hat – der Verlauf des Plenums des Zentralkomitees zeigte es ja –, an der Macht zu bleiben; ich persönlich, daran will ich keinen Zweifel lassen, wünsche das auch. Andererseits kann niemand voraussehen, was morgen in der Sowjetunion passiert. Wie konnten wir unsere eigene Verteidigung, unsere eigene Sicherheit angesichts einer solchen Ungewißheit allein auf zwei Augen bauen: auf die guten oder bösen Absichten eines oder des nächsten sowjetischen Staats- und Parteichefs? Das heißt, nach wie vor bleibt eine vernünftige Sicherheitsvorsorge entscheidend für alles das, was wir im politischen Raum zu erreichen versuchen. Es muß deutlich bleiben, daß Krieg auch in Zukunft sinnlos ist. Es muß für jeden sowjetischen Politiker klar sein, daß er, wie auch immer sich die Dinge in der Sowjetunion entwickeln, nur einen Weg einschlagen kann, nämlich den der friedlichen Reform und nicht etwa den eines Rückgriffs auf militärische Gewalt.

Heute gibt es für eine neue europäische Sicherheitsgleichung eine historische Chance. Sie können es beobachten: Die Sowjetunion selbst ist offen für eine neue Sicherheitsordnung; sie definiert ihr eigenes Sicherheitsinteresse neu. Das Weiterbestehen der westlichen Allianz, die Anwesenheit amerikanischer Truppen in Europa und sogar eine letztlich nukleare Friedensgarantie, das heißt ein Restbestand an nuklearen Waffen, werden von ihr immer klarer als Grundelement einer künftigen Sicherheitsordnung anerkannt.

Lassen Sie mich Ihnen in diesem Zusammenhang einige Gedanken darlegen, die mir besonders wichtig erscheinen:

Nur der transatlantische Zusammenhang, nur die weitere Integration der Amerikaner in die Sicherheitslandschaft Europas, können auf die Dauer unsere Stabilität verbürgen. Was macht den Unterschied aus zwischen dem Europa nach dem Zweiten Weltkrieg und dem Europa nach dem Ersten Weltkrieg? Die Amerikaner sind nicht wieder weggegangen. Das hat uns die Stabilität gegeben und erhalten, das hat das Dach geformt in Gestalt der Atlantischen Allianz, unter dem sich die europäische Integration und unsere wirtschaftliche Entwicklung vollziehen konnten. Weil ich jetzt immer wieder höre: „Mein lieber Mann, jetzt mußt du die Atlantische Allianz auflösen!“, oder, wie gerade in einem Redaktionsgespräch: „Haben Sie sich schon nach einem neuen Job umgesehen?“ – einige meinen das ironisch, andere meinen das ernst –, frage ich: Wer soll diese Aufgaben lösen? Wer soll drei so verschiedene Interessen letztlich ausbalancieren und unter einen Hut bringen: das Interesse der Deutschen an ihrer Einheit, die Sorgen ihrer Nachbarn vor dieser Einheit und das legitime sowjetische Sicherheitsinteresse, wenn nicht die Amerikaner?

Ich bin Europäer, ich wünsche mir, daß Europa stärker und einiger wird. Es liegt im Interesse der Atlantischen Allianz, daß die politische Union Europas Wirklichkeit wird. Nur, können Sie diesem Europa schon diese Aufgaben übertragen? Stellen Sie sich gedanklich einmal vor, es gäbe die Atlantische Allianz nicht mehr? Wie würde es dann morgen in Europa aussehen? Deswegen gibt es für die Atlantische Allianz im Augenblick und auch auf absehbare Zeit keinen Ersatz.

Ich sprach von der politischen Rolle der Atlantischen Allianz. Natürlich wird diese bedeutsamer werden. Ich denke an das Mitwirken beim Aufbau einer neuen europäischen Sicherheitsordnung, an die Steuerung des Rüstungskontrollprozesses, des Abrüstungsprozesses und ähnliches mehr. Damit bin ich bei der Abrüstung. Wir wollen die Sicherheit Europas mit weniger Waffen und mit weniger Truppen verbürgen. Die Verhandlungen in Wien nehmen einen guten Verlauf. Wir werden Ende dieses Jahres – dessen bin ich sicher – ein Abkommen abschließen, dessen historische Bedeutung, wie ich immer wieder feststelle, bislang vollkommen unterschätzt wird. Sollte es in Wien zum Abschluß kommen – und ich wiederhole: ich rechne damit –, dann werden weit über hunderttausend Waffen und Waffensysteme zerstört werden. Darüber hinaus sehen die neuen US-amerikanischen Vorschläge – von denen ich glaube, daß die Sowjets sie annehmen werden – amerikanische und sowjetische Truppenstärken in Zentraleuropa unter 200 000 Mann vor. Die nächste Phase der Verhandlungen wird nicht nur die Truppenstärken, sondern auch andere Dinge, wie etwa die Aufwuchsfähigkeit, zum Inhalt haben. Da geht es nicht mehr nur um Zahlenspiele, sondern um weit mehr.

Ich komme nun zu einem Punkt, über den ich immer wieder Äußerungen höre: zur Gleichsetzung von NATO und Warschauer Pakt. Tun Sie mir den Gefallen und beteiligen Sie sich nicht an diesem Spiel. Schon die Bezeichnung beider Allianzen als Militärblöcke ist unzutreffend. Selbst den Warschauer Pakt können Sie heute nicht mehr als Block bezeichnen, und die Atlantische Allianz schon gar nicht. Wir sind ein politisches Bündnis, auch eine Militärrallianz, aber ein Block sind wir auf keinen Fall. Ich bitte, nicht den Unterschied zu verwischen zwischen der Atlantischen Allianz als einem Bündnis freier und selbstbestimmter Staaten, von denen keiner gezwungen wurde, Mitglied zu werden, und von denen jeder die Freiheit hatte, morgen auszutreten, und dem Warschauer Pakt, der, jedenfalls bis heute, ein Zwangsbündnis ist, von dem deshalb fraglich ist, ob und in welcher Form es zukünftig weiterexistieren wird. Schewardnadse sagte mir, man wolle den Pakt zu einer politischen Allianz entwickeln. Wenn das bedeutet, daß er eines Tages ein Vertragssystem freier, selbstbestimmter Staaten, die freiwillig Mitglied sind, wird, begrüßen wir dies. Dies ist allerdings nicht unsere, sondern die Entscheidung seiner Mitgliedstaaten, die in Freiheit getroffen werden muß. Wir sehen uns nicht als Vormund des Warschauer Paktes, wir lassen uns aber auch nicht zu dessen Garanten gegen den Willen von manchen seiner Mitglieder machen. Eine Auflösung des Warschauer Paktes würde allerdings nicht bedeuten, daß die NATO damit überflüssig würde: vielmehr würde ihre Rolle als Stabilitätsfaktor damit eher noch wichtiger.

Ebenso klar warne ich vor der Gleichsetzung sowjetischer Truppen in Mittel- und Osteuropa mit der Stationierung amerikanischer Truppen in Westeuropa. Auch hier gibt es einen fundamentalen Unterschied, der in Zukunft bedeutsam werden wird: Die amerikanischen Truppen sind hier, weil frei gewählte Parlamente und frei gewählte Regierungen dies zu unserem Schutz für erforderlich halten; die sowjetischen Truppen sind da, ohne durch freie Willensentscheidung der betreffenden Nationen legitimiert zu sein. Sie können das deutlich sehen: Sowohl die Ungarn wie die Tschechen haben ihren Abzug verlangt. Ich glaube, man geht nicht zu weit, wenn man annimmt, daß diese Staaten nicht die einzigen bleiben werden, die das verlangen. Natürlich, sollte sich die Sowjetunion aus Mittel- und Osteuropa zurückziehen, ermöglicht es uns, unsere Truppenstärken ebenfalls zu reduzieren. Aber selbst wenn sich die Sowjets vollständig aus Mittel- und Osteuropa zurückziehen sollten, müßten amerikanische Streitkräfte – zwar reduziert, aber noch in substantieller Stärke – in Westeuropa bleiben, und zwar aus zwei Gründen: zum einen, weil wir sie als Stabilitätsfaktoren brauchen; zum anderen wegen des schwerwiegenden geostrategischen Unterschiedes der Entfernung der USA von über sechstausend Kilometern, während die Sowjetunion, jedenfalls in Teilen, eine europäische Macht ist und zudem über den Vorteil einer zusammenhängenden Landmasse verfügt. Auch aus diesem Grunde rate ich davon ab, einen Vergleich anzustellen.

Wie kann und wie soll eine künftige europäische Sicherheitsordnung aussehen? Ich sehe drei Elemente: zum ersten die Europäische Gemeinschaft, zum zweiten die Atlantische Allianz, zum dritten den Prozeß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Kernelement ist als Verbindungsglied zwischen EG und KSZE die Atlantische Allianz. Denn die Europäische Gemeinschaft ist noch nicht in der Lage, Europas Sicherheit zu gewährleisten. Wir haben noch nicht einmal eine politische Union, geschweige denn einen Bundesstaat, der Sicherheits- undVerteidigungsaufgaben übernehmen könnte. Der KSZE-Prozeß, von dem viele reden – zu Recht! –, ist ein überwölbendes Element, aber viel eher ein Regenschirm und nicht eine Brücke, die Gewichte tragen kann – jedenfalls noch nicht. Wie könnten Sie sich derzeit die KSZE als Garanten unserer Sicherheit vorstellen? Wollen Sie einer Organisation von fünfunddreißig Staaten, in der jeder Staat ein Vetorecht hat, in der immer noch antagonistische Konfliktelemente vorhanden sind, die Sicherheit übertragen? Was soll geschehen, wenn es dann Konflikte, wenn es Krisen gibt? Man kann und soll auf der Atlantischen Allianz eine solche überwölbende Sicherheitsstruktur aufbauen; aber man sollte sich nicht der Illusion hingeben, dies könnte die Atlantische Allianz ersetzen. Im Gegenteil, wenn wir den KSZE-Prozeß verdichten, neue Elemente einführen –, wie z. B. das Recht auf freie Wahlen – ergänzt dies die Atlantische Allianz in nützlicher Weise, ersetzt sie jedoch nicht in ihrer Sicherheit gewährleistenden Funktion.

Im Zentrum der Sicherheitsordnung und politischen Friedensordnung in Europa steht unvermeidbar die deutsche Frage. Und sie steht nicht nur auf der Tagesordnung, die deutsche Einheit wird kommen. Wir, die wir den Siegeszug der Demokratie und die Überwindung der Spaltung Europas und Deutschlands gewollt haben, müssen die entscheidende Rolle der Völker akzeptieren. Sie und nicht Kabinettspläne entscheiden den Verlauf der Entwicklung. Die Rolle der Atlantischen Allianz ist es, diesen Prozeß friedlich ablaufen zu lassen, dafür zu sorgen, daß das Sicherheitsinteresse aller, auch das der Sowjetunion, Berücksichtigung findet. Wenn in der Öffentlichkeit da und dort Zweifel aufzukommen scheinen, lassen Sie mich als Generalsekretär der Allianz und nicht nur als Deutscher ganz klar sagen: Das Bündnis ist seit dem Beitritt der Bundesrepublik Deutschland auf die deutsche Einheit festgelegt. Das gilt für die drei westlichen Mächte ebenso wie für alle anderen Alliierten. Die Allianz ist kein Hindernis auf dem Wege zur deutschen Einheit, ebensowenig wie auf dem Wege zur europäischen Integration. Natürlich wissen wir um die Sorgen und Befürchtungen mancher unserer Nachbarn, übrigens nicht nur im Osten, sondern auch im Westen; das ist kein Geheimnis. Aber es besteht kein Zweifel, daß unsere Alliierten ihre Verpflichtung einlösen werden.

Diese Allianz ist nicht gegründet worden, um den Status quo zu wahren, sondern um ihn zu überwinden. Das war schon unser Prinzip im Harmel-Bericht 1967: Verteidigung als der sichere Boden, auf dem man stehen kann; aber auch Überwindung der Spaltung durch Dialog und Zusammenarbeit. Daraus ergibt sich nunmehr gleichermaßen unsere Unterstützung des Reformprozesses wie auch unsere Zurückhaltung gegenüber jeglicher Versuchung, aus dieser Schwächeperiode der Sowjetunion politische Vorteile ziehen zu wollen.

Wann hat es das je in der Geschichte gegeben? Die Auseinandersetzung zwischen dem Kommunismus und der freien Welt hat die Hälfte dieses Jahrhunderts beherrscht. Und nun steckt einer der beiden Gegenspieler in der Krise. Was macht der andere? Er nutzt es nicht aus, sondern er versucht, ihm zu helfen. Natürlich erfolgt dies auch deswegen, weil er selbst ein Interesse daran hat. Aber man braucht sich nur einmal zu fragen, was geschehen wäre, wenn die Geschehnisse umgekehrt abgelaufen waren, um zu erkennen, daß es so selbstverständlich auch wieder nicht ist.

Nun höre ich da und dort, es sei doch wohl nicht realistisch anzunehmen, daß die Sowjetunion einem einzigen Deutschland in der Atlantischen Allianz zustimmen könne. Unlängst hat mir jemand gesagt: „Sie können entweder deutscher Patriot sein, oder Sie müssen Ihr Amt niederlegen; wenn Sie deutscher Patriot sind, dann müssen Sie Ihr Amt niederlegen.“ Ich fragte: „Warum denn?“ Er entgegnete: „Sie glauben doch selbst nicht, daß die Sowjets das akzeptieren werden.“ Das erinnert mich an viele Auseinandersetzungen, die ich um die Frage der deutschen Einheit gehabt habe. Wie oft hat man mir entgegengehalten, ich sei ein Träumer, weil ich immer wieder betont habe: Die Geschichte läßt sich nicht einmauern; ich glaube daran, daß es eines Tages die Chance für ein einiges Deutschland wieder geben wird, solange wir den Willen nicht aufgeben. „Träumer“, „Illusionist“, „Lüge“, „Du führst das Volk hinter das Licht“ – so lange liegt das doch noch nicht zurück. Und heute höre ich die gleiche Melodie: Es ist doch nicht möglich, es ist nicht realistisch.

Aber ich halte es aus mehreren Gründen für realistisch. Wer die Auflösung der Allianz zur Bedingung der Einheit machen will, nimmt Deutschland und Europa ein Element fundamentaler Stabilität und verspielt letztlich nicht nur die Sicherheit, sondern auch die Einheit. Ein freischwebendes neutrales Deutschland kann keine Lösung sein. Wohin wurde uns das führen? Zurück ins neunzehnte Jahrhundert, in ein Europa, in dem die Staaten gegenseitig rivalisieren und Bündnisse schmieden, in dem der eine Einfluß über den anderen zu bekommen und der andere diesen zu konterkarieren versucht. Wollen wir diesen Rückschritt in die Geschichte? Wollen wir die Renationalisierung? Ich glaube, daß auch die Sowjetunion das nicht will, was auch immer sie im Augenblick sagen mag.

Im übrigen ist es interessant zu sehen, wie schnell sich die Position der Sowjetunion gegenwärtig in dieser Frage verändert. Herr Portugalow, bekanntermaßen ein leitender Mitarbeiter und Deutschland-Experte im ZKApparat, hat noch Anfang dieser Woche in einem Interview geäußert, der Herr Wörner beliebe wohl einen Scherz zu

machen, weil er glaube, daß die Mitgliedschaft eines geeinten Deutschlands im Atlantischen Bündnis möglich sei. Gestern hat Außenminister Schewardnadse erklärt, man werde diese Vorstellungen sehr sorgfältig mit dem deutschen Bundeskanzler und dem deutschen Außenminister diskutieren. Wenn die Sowjets ihre wirkliche Interessenlage untersuchen, werden sie erkennen, daß man die Sicherheits- und Bündnisstrukturen nicht zerstören sollte, die ein einiges Deutschland verankern und in einen Prozeß einbinden, der ganz Europa umspannt und auch die Sowjetunion einbezieht. Der Prozeß der deutschen Einigung und die europäische Sicherheit dürfen nicht statisch betrachtet werden; vielmehr sollten beide gesehen werden in einer Landschaft, in der der Abrüstungsprozeß Früchte getragen hat, in der die kooperativen Elemente stärker geworden und die Konfrontation nachgelassen hat, in einer Landschaft schließlich, in der sich auch die Rolle des Atlantischen Bündnisses mehr zur politischen Seite hin gewandelt hat.

Eine solche Lösung kann es natürlich nur geben, wenn auch die legitimen sowjetischen Sicherheitsinteressen berücksichtigt werden. Die Sowjetunion muß wissen, daß es nicht darum geht, irgend etwas gegen sie zu wenden. Auch den sowjetischen Politikern ist – wie sie neuerdings sagen – übrigens klar, daß das Atlantische Bündnis weder Angriffsabsichten noch irgendeine Angriffsfähigkeit hat. Denn wie könnte ein Bündnis von sechzehn demokratischen Staaten, selbst wenn es die Macht dazu hatte, jemals einen Angriffskrieg führen? Wie sollten sechzehn freie Parlamente zu einer Angriffsaktion bewogen werden können?

In dieser neuen Sicherheitsstruktur Europas, die ich zu skizzieren versucht habe, wäre ein einiges Deutschland als tragendes Element zu verankern, eingefügt in die Europäische Gemeinschaft und die Atlantische Allianz. Nun werden eine Reihe von Modellen in der Öffentlichkeit diskutiert, welche Sicherheitsgarantien man der Sowjetunion geben könnte. Es ist nicht Aufgabe des NATO-Generalsekretärs, in einer schwierigen Phase, in der es die Dinge in Bewegung zu halten und so zu steuern gilt, daß sie von allen akzeptiert werden können, in der Öffentlichkeit abschließend zu definieren, was sein kann und was nicht. Aber ich nenne einige Denkmödelle, die dem wohlverstandenen Eigeninteresse der Sowjetunion entsprechen würden. Es gibt beispielsweise den Vorschlag, darauf zu verzichten, in einem solchen Fall die militärische Integration über das Gebiet der dann seitherigen Bundesrepublik Deutschland hinaus zu erstrecken. Eine andere Möglichkeit wäre die Vereinbarung eines Sonderstatus für das Gebiet der früheren DDR. Schließlich gibt es Stimmen, die sich dafür aussprechen, für eine Übergangszeit die Stationierung sowjetischer Truppen in Restbeständen zu akzeptieren.

Ich nenne diese drei Möglichkeiten, um Ihnen vor Augen zu führen, daß es Lösungsmöglichkeiten gibt, die handfeste Garantien für die Sowjetunion vorsehen.

Die Europäische Gemeinschaft, das Atlantische Bündnis und der Prozeß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa als deren überwölbendes Element sind als Rahmen der deutschen und europäischen Einheit zu sehen. Der Verzicht auf jedes einzelne dieser tragenden Elemente würde jenes Gleichgewicht stören, das für die Zukunft Europas und natürlich auch Deutschlands von vitalem Interesse ist.

Jetzt sind Besonnenheit und Entschiedenheit geboten. Ich habe mein Amt als Optimist angetreten; nach zwanzig Monaten in meinem Amt bin ich eher optimistischer. Ich habe die Zuversicht, daß es uns gelingen wird, dieses Europa sicherer und freier zu machen; unter der Voraussetzung allerdings, daß wir nicht die Geschlossenheit des Westens aufgeben, die uns so weit gebracht hat, sondern indem wir die Dynamik des Geschichtsprozesses im Zusammenwirken unserer verbündeten Staaten nutzen. Es ist doch keine Frage: Die Geschichte arbeitet für uns. Warum? Weil unsere Wirtschaften effizienter und unsere Gesellschaften kreativer sind, vor allen Dingen aber auch, weil wir für Werte stehen, die sich nunmehr in der Geschichte Bahn brechen.

Freiheit, Demokratie, Menschenwürde lassen sich auf die Dauer nicht unterdrücken. Auf diese Gewißheit läßt sich bauen; nicht indem wir uns zurücklehnen und sagen: Es wird schon alles gut!, sondern indem wir die Tugenden üben, die uns in den schlechten Zeiten geholfen haben: Solidarität der freien Staaten dieser Welt und

Geduld, auf unseren Wertvorstellungen aufzubauen. Das heißt auch, nach vorn zu schauen, ohne gleichzeitig den sicheren Grund aufzugeben, auf dem wir stehen: eine solide Verteidigung, die jeden Gedanken an einen Krieg als Unfug erscheinen lässt, gepaart mit einer Politik, die auf eine neue Ordnung abzielt, in der die Staaten ihren Bürgern ein Leben in Unabhängigkeit und freier Selbstbestimmung ermöglichen.

Wir können diese Zukunftsaufgabe mit Zuversicht angehen, wenn wir die Lehren der Geschichte Europas mit allen ihren Höhen, aber auch Tiefen nicht vergessen. Das nächste Jahrzehnt wird das Jahrzehnt sein, in dem es Europa freier und einiger zu machen gilt.

Ich danke Ihnen.

